

# Droht eine dritte Intifada?

## Palästinenser: Israel schuld an Finanzkrise

TEL AVIV - Auch wenn die Palästinenserführung den arabischen Staaten vorwirft, ihre Hilfsversprechen nicht einzuhalten, macht sie für die extreme Finanzkrise vor allem Israel verantwortlich. Als Konsequenz droht im Augenblick eine „Explosion des Volkszorns“, sagte Fatah-Sprecher Achmed Assaf am Freitag in Ramallah: „Die schwere Krise ist Teil der (israelischen) Politik einer kollektiven Bestrafung, weil die UN beschlossen haben, den Palästinensern den Status eines Beobachters zu gewähren.“

Israel hat als Strafmaßnahmen nach der Abstimmung in New York die von ihm zu Händen der Palästinenserbehörde eingetribenen Zoll- und Steuererlöse nicht vollständig überwiesen, sondern davon palästinensische Schulden, hauptsächlich für Stromlieferungen, abgezogen. Zudem beschloss die Regierung von Benjamin Netanjahu eine erhebliche Ausweitung der Siedlungsaktivitäten in Ost-Jerusalem und im Westjordanland.

Der Sprecher von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, Nabil Abu Rudein, droht nun damit, dass Israel für die „Siedlungsverbrechen in den palästinensischen Gebieten“ zur Verantwortung gezogen werde. Offensichtlich meint er damit eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof der UN. Gibt es in Den Haag ein Schuldspruch, so könnten die fast 300.000 Siedler im Westjordanland zu Kriegsverbrechern erklärt werden, die im Ausland die Verhaftung rechnen müssen. Die Wohnanlagen in den besetzten Gebieten verstoßen nach Ansicht der internationalen Gemeinschaft gegen das Völkerrecht und die Genfer Konvention.

## Abbas denkt über Klage vor UN-Gericht gegen Siedlungen nach

Zudem drohen die Palästinenser für den Fall eines Wahlsiegs von Netanjahu am 22. Januar mit einem Sanktionsaufruf gegen Israel und Massendemonstrationen in den besetzten Gebieten. Auch die Sicherheitskooperation könnte beendet werden. Dank dieser sank die Anzahl größerer Terrorakte praktisch auf Null. In Israel halten Sicherheitsexperten und Armeevertreter sogar den Ausbruch einer dritten Intifada, also eines erneuten Volksaufstandes der Palästinenser, für denkbar. Präsident Abbas hat sich allerdings von jeder Art der Gewaltanwendung distanziert.

Offizielle Stellen in Israel reagierten „mit Wut“ auf die palästinensischen Drohungen. Doch diese kommen womöglich den Interessen des politischen Lagers um Netanjahu nicht ungenügen. Das Gleiche gilt für die internationalen Proteste gegen die Siedlungspläne. Denn dabei treibt dem amtierenden Premier Weidner aus dem nationalistischen Lager in die Arme und könnte verhindern, dass die Menschen sich für die ultranationalistisch-religiöse Listenverbindung „Das jüdische Haus“ entscheiden. Diese ist von Netanjahus US-Wahlkampfstrategen Arthur Finkelstein als Hauptkonkurrenten ausgemacht worden. Spitzenkandidat Nafali Bennet hat am Donnerstagabend in einem Fernsehinterview eine regelrechte politische Bombe gezündet: Bennet sagte, als Reserveoffizier würde er den Befehl zur Räumung einer Siedlung verweigern und sei sogar bereit, dafür ins Gefängnis zu gehen. CHARLES A. LANDSMANN



Nichts als Ruinen. Assads Truppen haben die Protesthochburg Homs dem Erdboden gleichgemacht. In den Trümmern leben immer noch Menschen.

Foto: Thair Al-Khalidieh/Reuters

# Vertrieben und verzweifelt

## Familie Hadad ist dem syrischen Bürgerkrieg entkommen. Nun versucht sie, in Kairo wieder Fuß zu fassen

VON MARTIN GEHLEN, KAIRO

Am liebsten würde er seinem Freund Anwar mal richtig das Herz ausschütten. Dass er Heimweh nach Homs hat, wieder mit ihm Fußball spielen möchte, sein Zimmer mit den Spielsachen vermisst, besonders das schöne Flugzeugmodell von Syrian Air. Ali ist neun Jahre alt und verzweifelt. „So ein hässliches Land wie Ägypten habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht gesehen“, pläzt es trotzig aus ihm heraus, dann startet er wieder auf seine Fußspitzen. Nichts wie weg aus Kairo will er, zurück zu seinem besten Kumpel Anwar, der irgendwo in den Bürgerkriegsrühen von Homs mit seinen Eltern steckt.

„Die erste Zeit hat Ali kein Wort geredet und nur geweint“, berichtet Hoda Beiran, seit drei Monaten seine Lehrerin und gleichzeitig die Rektorin der Sadek Gouha Grundschule im Kairoer Stadtteil Madinet Nasr. Sieben Kinder aus Syrien wurden hier aufgenommen, alle ähnlich verstört, traumatisiert und entzweit wie der kleine Ali und seine ein Jahr ältere Schwester Asma.

Das Klassenzimmer ist abgenutzt. Die Tafel wurde mindestens seit einer Generation nicht erneuert. Lehrerin Hoda hat ein rundes, freundliches Gesicht, ist bei den Kindern beliebt. Irgendwann aber wussten sich die Lehrkräfte bei dem sensiblen Jungen nicht mehr zu helfen und baten seine Mutter Hieba in die Schule. „Die Kinder brauchen sehr viel Wärme und Liebe“, sagt die 25-Jährige. In Kairo findet sie nachts endlich wieder Schlaf. Ali aber habe Angst vor Menschen, gehe nicht mehr allein auf die Straße. „Die Kinder haben sehr viel durchgemacht“, seufzt sie.

Nächtlang zwängte sich die Familie in der Bombenhölle von Homs in das kleine Badzimmer der Wohnung – Todesangst, panisches Lauschen, verzweifelte Schreie und immer wieder ohrenbetäubendes Krachen. Zwei Mal kam die Geheimpolizei, durchwühlte die ganze Wohnung. Danach tauchten die Eltern ab, hausten mit

ihren drei Kindern ein halbes Jahr lang in verschiedenen Rohbauten in anderen Ecken der Stadt. Bis der Granatenhagel auch hier begann. Die Kinder mussten mit ansehen, wie ihr Onkel Ayman verhaftet und abgeführt wurde, als er mit ihnen zur Moschee gehen wollte. „Zum Abschied gab er uns einen Kuss auf die Stirn, wir haben ihn sehr geliebt“, sagen Ali und Asma. Er kam gerne zum Abendessen, tobte mit ihnen durch die Wohnung oder las vor dem Schlafengehen Märchen vor. Fünf Tage später fand man seine Leiche – das Gesicht blau von Schlägen, auf dem Rücken der rot-schwarze Brandfleck eines Bügeleisens, die Fingernägel herausgerissen. Onkel Ayman war



Ein Lächeln. Ali und Asma, Flüchtlingskinder aus Homs.

Foto: Katharina Eglau

in Homs einer der Ersten, der von Assads Geheimdienst zu Tode gefoltert wurde. Heute sind es Abertausende.

Vor drei Monaten gelang der Familie schließlich die Flucht nach Kairo. Sie alle gehören zum Familienclan der Hadads aus Homs, die aus Angst um die Verwandtschaft daheim ihre richtigen Namen nicht in der Zeitung sehen wollen. Die Ersten flohen bereits im Juni an den Nil. Seitdem kommen ständig weitere Angehörige und Nachbarn nach – inzwischen mehr als 120 Menschen. Zuletzt

retete sich im November eine achtköpfige Familie vor den permanenten Luftangriffen. Als Teenager verhaftet, war der Vater 16 Jahre lang im berüchtigten Gefängnis von Palmyra als politischer Häftling eingesperrt. Nachts, wenn vom nahen Flughafen Kairo startende Passagiermaschinen über das Haus donnern, wachen seine beiden Kleinen auf, weinen, sind kaum zu beruhigen.

In dieser Woche strandete eine weitere, 19-köpfige Familie am Bushaltestand, die Hälfte Kinder. Elf Tage hing sie bei Regen und eisigem Wind an der syrisch-jordanischen Grenze fest, bis die jordanischen Posten sie endlich durchließen. In einer fünfjährigen Odyssee schlu-

ckte sich die Familie vor den permanenten Luftangriffen. Als Teenager verhaftet, war der Vater 16 Jahre lang im berüchtigten Gefängnis von Palmyra als politischer Häftling eingesperrt.

Schon heute ist der Exodus aus Syrien die größte Flüchtlingskatastrophe in der modernen Geschichte des Nahen Ostens. Mehr als eine Million Menschen haben in den Nachbarländern Libanon, Türkei, Irak und Jordanien Zuflucht gesucht, täglich kommen 3000 bis 5000 Heimatlose hinzu. In Syrien selbst irren zwei Millionen Menschen herum, versuchen in Kellern, Höhlen oder Viehställen das Inferno und den Winter zu überleben. Am Donnerstag wandten sich die Vereinten Nationen mit einem dramatischen Appell „an alle Regierungen, Firmen und Privatleute“ der Welt und bezifferten die erforderlichen Hilfsgelder auf 1,5 Milliarden Dollar, von denen bisher weniger als ein Drittel eingezahlt worden sind. Allein 200.000 Menschen halten sich mittlerweile in Kairo auf. Ganze Stadtteile am Rande der Mega-Metropole sind von Syrern bewohnt.



Jeden Job, den sie in Kairo ergattern können, machen die Flüchtlinge. Zwei sind mit einem Kioskbisitzer angestellt, verkaufen Nüsse und Bonbons. Einer arbeitet als Schneider, ein anderer als Friseur. Wieder andere haben in einer alten Backstube eine kleine Kooperative gegründet. Rund um die Uhr wird hier gearbeitet: nachts der Kuchen, tagsüber die Plätzchen. Inzwischen fällt für alle sogar ein kleiner Lohn ab.

Auch Saleh, der Vater von Ali und Asma, ist mit dabei. „Ich war mit den Nerven total am Ende, die Arbeit lenkt mich ab“, sagt der 34-Jährige. Zehn Stunden lang macht er jetzt Tag für Tag Halout Jahn, ein süßes Käsegebäck, auf das er sich besonders gut versteht. Seine Kinder haben ihn kürzlich zum ersten Mal besucht und zugeschaut, wie gekonnt der gelernte Bäcker den weißen Teig knetet, rollt und zupft. „Mein Vater ist klasse“, sagt der kleine Ali. „Er verdient jetzt unser Essen, und wir müssen nicht mehr vom Betteln leben.“

## NACHRICHTEN

### DEUTSCHLAND Linkspartei-Chef: Die Zeiten von Ost-West-Wahlkämpfen sind vorbei

BERLIN - Die Linkspartei nimmt den Armutbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zum Anlass, um sich von einer besonderen Parteifahrt für Ostdeutschland zu verabschieden. „Die Zeiten von Ost-West-Wahlkämpfen sind vorbei“, sagte Parteichef Bernd Rixinger dem Tagesspiegel. Vom Aufschwung würden inzwischen ganze Regionen und Bevölkerungsgruppen abgehängt. „Die Gesellschaft bricht auseinander, und die Bruchlinien verlaufen längst nicht mehr nur zwischen Ost und West.“ Notwendig sei deshalb für den nächsten Koalitionsvertrag ein „Mitte-unten-Pakt“ mit den Kernelementen Mindestlohn, Mindestrente und einem Steuersatz „von mindestens 75 Prozent auf alle Einkommen über eine Million Euro“. Diese Punkte seien bei einem Politikwechsel für die Linkspartei „nicht verhandelbar“, betonte Rixinger. raw

### RUSSLAND Duma stimmt für Verbot von Adoptionen durch US-Bürger

MOSKAU - Das russische Parlament hat für ein Verbot von Adoptionen russischer Kinder durch US-Bürger gestimmt. Die Duma in Moskau verabschiedete am Mittwoch eine Regelung, die zugleich eine Vergeltung für US-Sanktionen sein soll. Das Gesetz ist inoffiziell nach Dima Jakowlew benannt, einem adoptierten Kind aus Russland, das 2008 in den USA starb, nachdem sein US-Adoptivvater es in einem überhitzten Auto zurückgelassen hatte. Bevor es in Kraft treten kann, bedarf es noch der Verabschiedung in einer dritten Lesung durch die Duma, was als Formstache gilt. Danach muss das Oberhaus zustimmen, bevor Präsident Wladimir Putin das Gesetz in Kraft setzen kann. AFP

DER TAGESSPIEGEL

20 JAHRE

Menschen helfen!

DIE SPENDENAKTION des Tagesspiegels

Ihre Spende hilft denjenigen, die am Rande der Gesellschaft stehen. Ganz gleich wie groß sie ausfällt, sie ist wirksam und über die Verwendung wird im Tagesspiegel sowie im Internet unter [www.tagesspiegel.de/spendenaktion](http://www.tagesspiegel.de/spendenaktion) detailliert berichtet.

Wir danken schon jetzt für Ihre Hilfe!

Spendenkonto Der Tagesspiegel e.V., Stichwort: „Menschen helfen!“  
Konto-Nr. 250 03 09 42  
BIC: BFSW33HAN  
BLZ 100 500 00

### USA Obama nominiert Senator Kerry als neuen Außenminister

WASHINGTON - US-Präsident Barack Obama hat am Freitag den demokratischen Senator John Kerry als neuen Außenminister nominiert. Kerry soll die Nachfolge von Hillary Clinton antreten. „Ich weiß, dass sie ein hervorragender Außenminister sein werden“, sagte Obama an der Seite Kerrys in Washington. Kerry hatte sich 2004 um die Präsidentschaft beworben. AFP

# Ihr Sparpaket: iPad4 mit Tagesspiegel E-Paper für nur 24 € im Monat.\*

Gleich vorbestellen:  
Telefon (030) 290 21 - 500  
[www.tagesspiegel.de/ipad4](http://www.tagesspiegel.de/ipad4)



Sichern Sie sich Ihr Sparpaket zum einmaligen Vorzugspreis:

- iPad (4. Generation)
- Tagesspiegel E-Paper
- Tagesspiegel-App für iPad und iPhone
- Hardcase mit Standfunktion im Wert von 34,99 € gratis dazu - für alle Besteller bis zum 31. März 2013!

für nur 24 € im Monat!\*

Über 1 Million Downloads: Die Tagesspiegel-App - eine der beliebtesten Nachrichten-Apps in Deutschland.

DER TAGESSPIEGEL

\* Einmalige Zahlung für iPad (4. Generation), schwarz, 16 GB mit Wi-Fi 99,- € / mit Wi-Fi und Cellular: 199,- €. Die Mindestvertragslaufzeit beträgt 24 Monate. Nach Ablauf der Mindestlaufzeit gilt der dann gültige Preis für das E-Paper (zzt. 16,99 € monatlich). Preise inkl. MwSt. Der Kauf des iPad steht unter Eigentumsvorbehalt innerhalb der ersten 2 Jahre. Die Garantie für das iPad beläuft sich auf ein Jahr. Mit vollständiger Zahlung des Bezugspreises für die Mindestvertragslaufzeit geht das Eigentum am iPad an den Käufer über. Es gelten die unter tagesspiegel.de/ipad4 veröffentlichten AGB. Die einmalige Zahlung wird bei Lieferung des Gerätes fällig. Zusätzlich zur Zahlung werden 2,- € Nachentgelt erhoben. Nur so lange der Vorrat reicht.